

Toshev, Dinko

Article — Digitized Version

Wesenszüge des Neuen Ökonomischen Systems in der Volksrepublik Bulgarien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Toshev, Dinko (1965) : Wesenszüge des Neuen Ökonomischen Systems in der Volksrepublik Bulgarien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 11, pp. 595-599

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133541>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wesenszüge des Neuen Ökonomischen Systems in der Volksrepublik Bulgarien

Prof. Dr. Dinko Toshev, Sofia

Die Maßnahmen, die im letzten Jahr zu Umgestaltungen der Struktur und der Leitung und Planung der Volkswirtschaften einiger sozialistischer Länder Osteuropas geführt haben, gaben Anlaß zu vielen Kommentaren und Spekulationen in der westlichen Presse.¹⁾

Das Interesse an diesen wirtschaftlichen Reformen war in allen Kreisen, gleich welcher politischen oder sozial-ökonomischen Schattierung, außerordentlich groß. Für dieses lebhaftes Interesse in der westlichen Welt können eine Anzahl von Gründen wirtschaftlicher und politischer Natur angeführt werden. Die wichtigsten sind: 1. Die positive Auswirkung der Politik der friedlichen Koexistenz auf dem Gebiete des Ost-West-Handels und 2. die Anzeichen einer abflauenden Wirtschaftskonjunktur. Es kann nicht bestritten werden, daß die Kaufkraft der Bevölkerung in den sozialistischen Ländern schneller wächst als die Kaufkraft der Bevölkerung in kapitalistischen Ländern. Für die weitere wirtschaftliche Expansion in Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, England, Italien und den kleineren westeuropäischen Ländern stellt der sozialistische Osten eine wichtige Reserve für die weitere Expansion dar.

Von dieser Sicht aus ist es verständlich, daß hauptsächlich wirtschaftlich interessierte Kommentatoren und Sachverständige untersuchten, inwieweit diese Reformen die Grundlage für eine stärkere Belebung des Ost-West-Handels und weitergehende Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen abgeben. Im allgemeinen schätzt man die neue Entwicklung in diesen Kreisen positiv ein. Ein solches Urteil beruht zweifellos auf den Erfahrungen der letzten Jahre.

DAS BULGARISCHE EXPERIMENT

Theoretisch gesehen, ist im Rahmen der sozialistischen Planwirtschaft eine Anzahl von Varianten der Planung und Leitung der Volkswirtschaft möglich. Diese Varianten werden von den Besonderheiten der Entwicklung eines jeden Landes und von dem Grad der Verwirklichung der Planwirtschaft bestimmt.

¹⁾ Vgl. z. B. Handelsblatt vom 31. Januar 1965; Express (Paris) vom 3./9. Mai 1965.

Als Musterbeispiel kann die Periode des ersten Fünfjahresplanes in der Volksrepublik Bulgarien dienen. In der Zeit von 1949 bis 1953 bestand eine alles umfassende Knappheit an Industrie- und Ernährungsgütern. Dies führte zu einer peinlich genauen Planung der Verwendung aller vorhandenen Reserven bis in die letzten Details; von ihrem richtigen Einsatz hing die Tätigkeit der meisten Betriebe ab. Wegen des Mangels an Rohstoffen bestand keine Möglichkeit, ein Produkt durch ein anderes zu ersetzen. In dieser Periode ging die Detail-Planung bis zur Rationierung der Lebensmittel. Zum Beispiel wurden auch Kennziffern für den Verbrauch einzelner Apfelsorten in erstklassigen Restaurants aufgestellt.

Die Periode nach 1961, die bis heute andauert, ist durch bedeutende Veränderungen in der bulgarischen Volkswirtschaft gekennzeichnet. Die ständige Zunahme der Industrieproduktion und die stabile Entwicklung der Landwirtschaft stellte die Planungsinstanzen vor völlig neue Aufgaben. Die Zahlen für das Jahr 1964 zeigen, daß der Umfang der Industrieproduktion 2,8 mal größer ist als im Jahre 1956. Er übertrifft sogar den Umfang der Industrieproduktion der drei Jahre 1954, 1955 und 1956 zusammen.

Der „Economic Survey of Europe in 1964“ (Genf 1965) kennzeichnet die Wirtschaftsentwicklung Bulgariens in den letzten vier Jahren folgendermaßen:

Entwicklung der bulgarischen Volkswirtschaft
in den Jahren 1961 bis 1965
(Zunahme gegenüber dem Vorjahr, in %)

Kennziffern	1961	1962	1963	1964	1965 geplant
Gesamte Produktion	11,7	11,0	10,0	11,1	9,8
Beschäftigte	1,9	2,9	5,2	2,8	3,2
Industrieproduktion je Beschäftigten	9,6	7,9	4,6	8,1	6,4

Die großen Veränderungen auf dem Inlandsmarkt werden aus der frappanten Zunahme der Verkäufe des Einzelhandels im Jahre 1963 im Vergleich zum Jahre 1948 und 1952 für bestimmte Gebrauchsgüter ersichtlich. So z. B. vergrößerten sich die Verkäufe von Reis um 530 % (im Vergleich zum Jahre 1948) und 340 % (im Vergleich zum Jahre 1952); für Fleisch lauten die entsprechenden Werte 300 % und 220 %; für Fleischprodukte sogar 830 % und 460 %; für Zucker 240 %

und 220 %; für Zuckerprodukte 330 % und 144 %; für Wollstoffe 270 % und 240 %; für Baumwolle 210 % und 190 %; für Seidenstoffe 570 % und 270 %; für Zement 690 % und 470 %; für Heizkohle schließlich 510 % und 320 %.

Eine ähnliche Entwicklung konstatiert man auch im Außenhandel. In der Periode 1955 bis 1963 nahm der Außenhandelsumsatz um 400 % zu.

Die wesentlichste Folge der schnellen Steigerung der nationalen Produktion und des Nationaleinkommens ist die Forderung nach besserer Qualität seitens der Konsumenten. Diese Forderung wird nicht nur an den Außenhandel gestellt, sondern auch an den Binnenmarkt. Die verantwortlichen Wirtschaftskreise im Lande betonen immer stärker, daß weitere Fortschritte der nationalen Produktion nur dann möglich sind, wenn die Betriebe sich die neuesten technischen Fertigungsmethoden zu eigen machen und den ständig anspruchsvolleren Forderungen der Verbraucher auf den Binnen- und Auslandsmärkten entgegenkommen.

Die Forderung nach höherer Qualität der Produktion hat in starkem Maße die Notwendigkeit eines neuen Systems der Planung und Leitung beeinflußt. Die staatlichen Betriebe gerieten in zunehmendem Maße in die Abhängigkeit von den komplizierten Marktverhältnissen, Marktverhältnisse, die es in der Periode der Güterknappheit nicht gab. Hauptsächlich zwei Faktoren trugen dazu bei, daß nunmehr der Markt eine ausschlaggebende Bedeutung errang: 1. die Anhäufung von Überplanbeständen demodierter Waren, 2. die Bildung größerer Mengen von Warenbeständen guter Qualität infolge mangelnder Markttransparenz der Nachfrager, die auch eine oberflächliche Reklame nicht vergrößern konnte; auch fehlte zweifellos die Erfahrung beim Absatz neuer Warengattungen.

HOHERES PRODUKTIONSLEVEL ZWINGT ZU NEUEN ABSATZMETHODEN

In diesem Sinne könnte man sagen, daß die Versuche, in der Volksrepublik Bulgarien und in anderen europäischen sozialistischen Ländern eine Umgestaltung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft herbeizuführen, eine Notwendigkeit in der Entwicklung der Produktion geworden war. Deshalb ist es auch verständlich, daß die besten Wirtschaftswissenschaftler in der UdSSR, der Volksrepublik Polen, der ČSSR u. a. begannen, die Phänomene des Marktes, der Waren und der Preise unter planwirtschaftlichen Verhältnissen einer eingehenden Analyse zu unterziehen. Diesem Problem widmeten ihre Aufmerksamkeit so namhafte Wirtschaftswissenschaftler²⁾ wie Prof. Oskar Lange

2) E. Liberman: Plan, Gewinn, Prämie. In: Prawda, Nr. 252, 9. 9. 1962. — Ota Sik: Mutig und mit Vorsprung. Gegen Dogmatismus in der Politischen Ökonomie. In: Zeitschrift des Gewerkschaftsverbandes, Prag, 1964. — Basmanov: Vervollkommnung der ökonomischen Planung und der Stimulierung. In: Ekonomičeskai Gasetta, 1964, H. 7. — P. Chalifina: Ohne nutzlose Instanzen. In: Iswestija, Nr. 308, 1964. — Petko Kunin: Die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft und das Prinzip „Jedem nach seinen Fähigkeiten und nach seiner Arbeitsleistung“ im Sozialismus. In: Novo Wreme, 1963, H. 12. — K. H. Jonuschkeit: Genügt unser System der wirtschaftlichen Rechnungsführung noch den gegenwärtigen Anforderungen? In: Einheit, Berlin, H. 10/1962.

(Warschau), Prof. Ota Sik (Prag), Prof. Liberman (Charkow) und viele andere bekannte Ökonomen in Bulgarien, Ungarn und Rumänien.

In ihren wissenschaftlichen Studien und Veröffentlichungen betonen sie die Notwendigkeit, den Markt gründlich zu erforschen, um so ein höheres Niveau der Planung zu erreichen. Im Grunde genommen ist die Kompliziertheit des menschlichen Verbrauchs, das schnelle und ungleichmäßige Wachsen der Bedürfnisse der Bevölkerung die wahre Triebkraft dieser Erkenntnis. Unter den Verhältnissen der einfacheren Formen der Produktion war es unvermeidlich, daß man die Rolle des Marktes in den Bedingungen der Planwirtschaft in vielerlei Hinsicht unterschätzt hat. Das wurde auch von den maßgebenden Planungsorganen in der letzten Zeit offen ausgesprochen. Somit ist auch die marxistische Lehre von der Stellung der Waren im Rahmen der sozialistischen Wirtschaft entdogmatisiert worden. Früher bezeichnete man als „Ware“ nur die Verbrauchsgüter, nicht aber Werkzeugmaschinen, Rohmaterialien und Halbfabrikate, die in Produktionsbetrieben weiterverarbeitet werden.

DIE VEREINFACHUNG DER PLANUNG

Das Leitmotiv bei der Umgestaltung der Planung im Rahmen des neuen Systems ist die Verringerung der Zahl der Planziffern, die den Betrieben von der Zentralstelle, von der Nationalen Plankommission, auferlegt werden. Die Plankommission bestimmt nunmehr nur wenige synthetische Planziffern, die die Richtlinien der Entwicklung der Betriebe innerhalb einer Planperiode charakterisieren. Alle anderen Planziffern, die für eine Betriebsplanung notwendig sind, werden entweder von der zentralen Leitung der vereinigten Betriebe oder im Betrieb selbst ausgearbeitet und aufgestellt.

Die wichtigste synthetische Planziffer, die eine richtige Vorstellung von der Arbeit eines Betriebes innerhalb einer bestimmten Planungsperiode ist, ist der Gewinn oder das reine Betriebseinkommen. Bei Außenstehenden, die die sozialistischen Wirtschaftsverhältnisse nicht oder nur oberflächlich kennen, entsteht leicht der Eindruck, daß es sich bei der Aufwertung des Gewinns um die Aufgabe eines der wesentlichen Prinzipien sozialistischer Planung handelt. Das ist ein Irrtum. Vorschläge zur Anwendung des Gewinns als Hauptplanziffer bei der volkswirtschaftlichen Planung gab es auch in der Periode des Dogmatismus, ohne daß sie innerhalb des Systems als deplaciert bezeichnet worden wäre. Dieser Planziffer ist stets eine hohe Bedeutung zugesprochen worden. Insbesondere gilt dies für die Finanzplanung.

Indessen kann nicht geleugnet werden, daß die Akzente heute anders liegen. Der Gewinn spielt eine größere Rolle bei der Planung im Rahmen des neuen Systems insofern, als durch seine weitergehende Anerkennung die einzelnen Betriebe eine größere Handlungsfreiheit und Selbständigkeit erhalten haben. Vom Standpunkt der nationalen Volkswirtschaft und der

Gesellschaft hat sich aber der Inhalt des Gewinns als Wirtschaftskategorie überhaupt nicht geändert. Er bleibt Quelle der gesellschaftlichen Akkumulation.

Der vergrößerten Selbständigkeit der Betriebsvereinigungen und der einzelnen Betriebe bei der Ausarbeitung von Planziffern für die Betriebsplanung ist noch eine andere Bedeutung beizumessen. Die Vereinigungen und die Betriebe besitzen heute eine größere Beweglichkeit darin, ihre Pläne auf die Gegebenheiten ihrer Kontrahenten abzustimmen. Dadurch kann bei der Lieferung und beim Einkauf von Waren, die auf Grund von Verträgen zwischen den Vereinigungen und den Betrieben vollzogen werden, jetzt in größerem Grade auf die jeweilige konjunkturelle Situation Rücksicht genommen werden. Bei der „Planung von oben“ waren die Planziffern entweder lange im voraus bekannt oder wurden im letzten Moment ohne genügende Vorbereitungen den Betrieben auferlegt. Die Konjunkturlage blieb auf diese Weise unberücksichtigt.

Die Aufwertung des Gewinns zur Hauptplanziffer bei der nationalen und betrieblichen Planung hat aber noch eine Reihe anderer Vorteile. Heben wir hier nur zwei dieser Vorteile hervor, die als die wichtigsten betrachtet werden können: 1. Vom Standpunkt der staatlichen Finanzen sichert diese Planziffer eine stabile Entwicklung der Einnahmen, da der Gewinn erst nach der Entrichtung der staatlichen Abgaben (der Steuern) errechnet werden kann. Andererseits können die Betriebe ihren Gewinnplan nicht auf Kosten einer Verschlechterung der Produktionsqualität erfüllen. In diesem Falle werden ihre Kontrahenten auf ihre Lieferungen verzichten. Die engere Verbindung zwischen Qualität und der wesentlichen Planziffer bei der Planung zeigt sich also als ein Vorteil nicht nur für den Staatshaushalt, sondern garantiert auch die harmonische Entwicklung der zwischenbetrieblichen Beziehungen. 2. Aus diesem Prinzip entsteht aber ein Vorteil auch für die Betriebe selbst. Dieser drückt sich in der Handhabung der betrieblichen Preisbildung und der Umlaufmittel aus. Zwar ist es so, daß die Betriebe weiterhin an die staatliche Preisbestimmung gebunden sind; sie können aber für bestimmte nebensächliche Produkte selbst Preise festlegen oder sich mit Preisänderungsvorschlägen an die Preisbehörden wenden. Auf diese Weise wird es den Betrieben ermöglicht, sich schneller der sich ändernden Marktlage anzupassen und Verluste aus nicht abzusetzenden Lagerbeständen zu vermeiden. Mit anderen Worten: Die Planung mit dem Gewinn als

Lenkungsfaktor sichert den Betrieben eine größere Beweglichkeit bei der Preisbildung, ohne daß dadurch für den Verbraucher die Gefahr besteht, seine Konsumgüter zu höheren Preisen beziehen zu müssen. Die staatliche Kontrolle bei der Festsetzung von Preisen durch die Vereinigungen und die Betriebe bleibt allerdings bestehen. Das Gebot, daß Gewinnerhöhungen nur erfolgen dürfen, wenn die Arbeitsproduktivität steigt und die Selbstkosten vermindert werden, bleibt Richtlinie jeder Betriebsplanung.

Neue Akzente wurden auch mit der Einräumung des Rechts an die Betriebe gesetzt, die Größe ihrer Umlaufmittel selbst zu bestimmen. Im Grunde ist dies nichts anderes als eine logische Konsequenz der Erhebung des Gewinns zur Hauptplanziffer. Im Rahmen des alten Systems war der Umfang der Umlaufmittel vom Finanzministeriums bestimmt worden und richtete sich nach der jeweiligen Größe des Produktionsvolumens. Die Planung auf der Basis des Gewinns macht diese Regulierung überflüssig. Die Betriebsleitung trägt die Verantwortung dafür, wenn der Wert der Umlaufmittel sich erhöht und der Betrieb dadurch Verluste erleidet, daß er zuviel Zinsen zahlen muß. Der Gewinnplan kann in einem solchen Falle natürlich nicht erfüllt werden. Deshalb haben die Betriebe das Recht, die Größe ihrer Umlaufmittel selbst zu bestimmen und Materialien und Halbfabrikate, die überflüssig sind, auf dem freien Markt anzubieten.

VERVOLLKOMMUNG DER BETRIEBSLEITUNG

Welches sind die neuen Akzente in der Organisation der Betriebsleitung? Man kann sie wie folgt zusammenfassen:

- größerer Einfluß auf die Planung des Sortiments und die Gestaltung der Beziehungen mit den Kontrahenten;
- größere Verantwortung nicht nur gegenüber der staatlichen Plankommission, sondern auch gegenüber der Belegschaft;
- größeres Mitspracherecht bei der Gewinnverteilung.

Bei der Ausarbeitung des Betriebsplanes hat die Betriebsleitung die größte Entscheidungsbefugnis und nicht das übergeordnete Organ, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Daneben gibt es jedoch auch im Rahmen des neuen Systems eine Anzahl von Waren-gattungen, die von nationaler Bedeutung sind und die von der Plankommission direkt bestimmt werden. Indessen hat auch hierbei die Betriebsleitung ein Mit-

TRANSPORT-ACTIEN-GESELLSCHAFT

(vormals J. HEVECKE) in Hamburg

HAMBURG 11 · Zippelhaus 4

Ruf: 32 10 06 · Fernschreiber: 02-161 418 · Telegramm-Adresse: Transpag

BREMEN · KÖLN · LÜBECK · ANTWERPEN · AMSTERDAM · ROTTERDAM

spracherecht. Was die Produktion von Waren betrifft, die von zweitrangiger Bedeutung vom Standpunkt der Plankommission sind, so wird sie von der Betriebsleitung nach Umfang und Qualität auf Grund der Marktnachfrage festgesetzt. Die Betriebsleitung ist ermächtigt, notfalls Änderungen des Sortiments im Laufe der Planperiode vorzunehmen.

Bei der Organisation und Leitung des Betriebes räumt das neue System auch der Belegschaft größere Rechte ein. Deutlich wird dies an dem Mitspracherecht, das die Belegschaft bei der Ernennung des Direktors besitzt. Zwar untersteht der Direktor dem jeweiligen Ministerium und wird vom Minister oder vom Generaldirektor der Vereinigung ernannt, aber das geschieht nur mit der Zustimmung der Belegschaft beziehungsweise der Gewerkschaftsorganisation des Betriebes. Die Heranziehung der Belegschaft zur aktiveren Teilnahme an der Leitung des Betriebes ist ein Wesenszug des neuen Systems und entspricht der inneren Logik dieses Systems.

Die regere Beteiligung der Arbeiter und der Angestellten am Betriebsgeschehen hängt mit dem neuen Prinzip der Bildung des Lohnfonds zusammen. Die wichtigsten Planziffern wie Selbstkosten, Gewinn, Zahl der Beschäftigten, Arbeitsproduktivität usw., die einen direkten Einfluß auf den Lohnfonds haben, werden im Betrieb selbst aufgestellt. Es hängt also von der Belegschaft selbst ab, sich solche Lohnfonds zu erarbeiten, die höher als im vorangegangenen Jahre sind. Die Beschäftigten haben einen garantierten Grundlohn von 80 % der staatlichen Tarife. Arbeitet ein Betrieb mit Verlust, so kann sich der Lohnfonds verringern. Umgekehrt wird bei einem höheren Gewinn ein Teil desselben den Beschäftigten in Form von Prämien ausgezahlt.

Hieraus geht hervor, daß die Finanzen und die Finanzplanung im Betrieb unter den neuen Verhältnissen eine größere Rolle als früher spielen müssen. Die größere Entscheidungsfreiheit hat auch ihren finanziellen Ausdruck. Die Finanzen des Betriebes umfassen folgende Bereiche: 1. Fonds zur technischen Entwicklung und Vervollkommnung; 2. Fonds für soziale und kulturelle Bedürfnisse; 3. Fonds zur Preissenkung und 4. Reservefonds. Alle diese Fonds werden aus dem Gewinn gespeist, wobei der Prozentsatz, mit dem die einzelnen Fonds bedacht werden, variiert. Die finanzielle Selbständigkeit der Betriebe wird noch durch das Recht, nicht nur kurzfristige (wie in der Vergangenheit), sondern der Regel nach auch langfristige Kredite für ihre Investitions- und Produktionstätigkeit aufzunehmen, unterstrichen. So können die Betriebe Kredite auch zur Auffüllung ihrer Lohnfonds bekommen, was früher nur ausnahmsweise und nur auf Grund besonderer Genehmigungen möglich war.

Die einzelnen Fonds sichern die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Betriebe. So können sie z. B. im Falle eines ungünstigen Jahresabschlusses und Absinkens des Lohnfonds den Reservefonds angreifen, um den Lohnfonds aufzufüllen. Bei einem Abflauen der

Nachfrage nach bestimmten Waren wird der Fonds für Preisermäßigungen benutzt, um die Nachfrage zu beleben und dadurch größere Verluste zu vermeiden. Um mit den neuesten technischen Errungenschaften Schritt halten zu können, verfügen die Betriebe über einen Fonds zur Finanzierung des technischen Fortschritts.

Das neue System enthält auch Regelungen über Art und Weise der Amortisation von Investitionen. Hiernach kommen den Betrieben etwa 70 % statt wie bisher 30 % der Amortisation zugute; die restlichen 30 % werden an den Staatshaushalt abgeführt. Außerdem sind die Betriebe verpflichtet, Umsatzsteuer, eine Produktionsfondsabgabe und die progressive Einkommensteuer an den Staat zu entrichten. Die letztere wird nach der Höhe des Einkommens, das zur Aufteilung an die Belegschaft als Prämie gedacht ist, berechnet.

Daraus ist zu ersehen, daß die finanzielle Grundlage der Betriebe, die das neue System schafft, die Aufgabe hat, eine größere Aktivität der Beschäftigten durch Hebung der materiellen Interessiertheit zu gewährleisten.

DAS NEUE SYSTEM UND DER AUSSENHANDEL

Nicht direkt mit der Einführung des neuen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, aber doch im Zusammenhang mit der Politik der Schaffung neuer effektiverer Organisationsformen in der Volkswirtschaft, sind Maßnahmen getroffen worden, die die Bildung größerer Wirtschaftseinheiten bezwecken. Einige der Vereinigungen staatlicher Betriebe (VSTB), die der Form nach den westlichen Konzernen ähnlich sind, arbeiten bereits auf der Grundlage der Prinzipien des neuen Systems. Das Neue dabei ist, daß diese Wirtschaftseinheiten eine Anzahl von kleineren und größeren Betrieben aus mehreren Wirtschaftszweigen umfassen: Produktion, Binnenhandel, Außenhandel. Als Beispiel in dieser Hinsicht kann die neu gegründete Vereinigung „Bulgarplodexport“ gelten, die alle Betriebe der Verarbeitung, des Groß- und Einzelhandels sowie des Außenhandels von Gemüse und Obst in sich vereinigt. Damit ist eine „Mammut-Gesellschaft“ entstanden, wenn man bedenkt, daß die Volksrepublik Bulgarien der Welt größter Exporteur von Tomaten ist und daß diese Vereinigung sowohl die Verarbeitung wie auch den Ein- und Verkauf des größten Teils der Ernte von Obst und Gemüse beherrscht. Solche Vereinigungen sind in der letzten Zeit fast in allen Wirtschaftszweigen entstanden, womit die alte Struktur des bulgarischen Außenhandels bedeutend verändert worden ist.

Die Vorteile dieser neuen Organisationsformen sind wie folgt zusammenzufassen: 1. Überwindung der Zersplitterung, die sich günstig auf die innere Akkumulation auswirken wird; 2. bessere Aussichten zur Steigerung der Qualität der Exporterzeugnisse (bei Erfüllung und Uebererfüllung der Exportpläne verfügen die Betriebe auch über einen Teil der realisierten Devisenwerte, mit denen sie neue Maschinen und Ausrüstungen außerhalb der zentralen Planung beschaffen kön-

nen); 3. bessere Voraussetzungen zur Planung von Produktion, Verarbeitung und Absatz auf dem Binnen- und Außenmarkt.

Obgleich ein endgültiges Urteil über diese neuen Organisationsformen auf Grund geringer Erfahrungen noch nicht gewagt werden kann, muß man diese Entwicklung dennoch als zweckmäßig und fortschrittlich bezeichnen, steht sie doch in engem Zusammenhang mit dem Prozeß der Konzentration und Zentralisation, der in aller Welt zu beobachten ist. Die Dynamik des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts bringt es mit sich, ökonomische Tätigkeit nicht nur zu denken, sondern auch zu praktizieren. In den westlichen Ländern bezeichnet man die Konkurrenz als Triebkraft dieser Entwicklung. Die Erfahrungen der sozialistischen Länder zeigen, daß auf diesem Gebiet die Technologie und die Wissenschaft das entscheidende Wort zu sagen haben.

Das neue System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Volksrepublik Bulgarien ist noch jung. Die Erfolge der drei bis vier Dutzend Betriebe, die 1964 nach den Grundsätzen des neuen Systems gearbeitet haben, sind aber sehr gut und in einigen Fällen sogar spektakulär. Es wurden Gewinne realisiert, die eine Erhöhung des Grundlohnes von 15 bis 25 % zuließen. Die Finanzpläne der Betriebe wurden fast in allen Fällen erfüllt und sogar übererfüllt. Gerade diese günstigen Erfahrungen haben die Regierung ermutigt, das neue System in diesem Jahr auf weitere Wirtschaftszweige auszudehnen.

Was die Frage betrifft, wie sich das neue System der bulgarischen Volkswirtschaft auf den Außenhandel auswirken wird, so sind die Aussichten durchaus günstig. Dies geht schon aus der Tatsache hervor, daß die neuen Unternehmen über ein vielfach größeres Produktionspotential verfügen. Die Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die Handelsbeziehungen mit der Außenwelt einschließlich den westlichen Ländern auszuweiten. Die Bereitschaft dafür wurde in den im Frühjahr geführten Gesprächen auf höchster Ebene in London, Paris und anderen europäischen Hauptstädten an den Tag gelegt. Die Volksrepublik Bulgarien möchte langfristige, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit beruhende Handelsverträge abschließen.

Leider ist die Politik mancher westlicher Länder noch nicht völlig von den Diskriminierungstendenzen befreit, obwohl Anzeichen dafür vorliegen, daß solche Länder wie Frankreich und England diese Politik als der Vergangenheit angehörig betrachten. Das größte Hindernis für eine stärkere Belebung des Außenhandels zwischen der Volksrepublik Bulgarien und einigen westlichen Ländern liegt in dem Bestreben, die Zölle für wichtige Agrar- und Industrieerzeugnisse auf Grund der Römer Verträge in die Höhe zu treiben. Ein Widerspruch zwischen den vor kurzem u. a. im Europaparlament zugunsten engerer wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zu den sozialistischen Ländern gemachten Deklamationen und der Wirklichkeit ist unverkennbar.

Neues schiffahrtspolitisches Denken in den Ostblockstaaten

Rudolf Franz, Hamburg

Wenngleich ein großer Wandel in den Zielsystemen der Ostblockländer seit dem zweiten Weltkrieg nicht feststellbar ist, sind doch die Mittel zum Teil andere geworden. Der Kernvorgang ist dabei die Einbeziehung von Marktpreisen (bzw. Weltmarktpreisen) als Lenkungs- und Ausgleichsinstrumente und damit die Einbeziehung reiner Rentabilitätskennziffern, die gemeinhin als „systembezogene Tatbestände“ kapitalistischer Länder bezeichnet werden. Diese Mutationen zeichnen sich im ganzen kommunistischen System sowjetischer Prägung ab. Zeugnis davon legt die wachsende Anerkennung der Preis/Wertheorien des führenden Charkower Wirtschaftstheoretikers, Prof. Liberman, ab.¹⁾ Auch der COMECON hat für 1965 den internen Warenaustausch zu Weltmarktpreisen beschlossen.²⁾ Diese grundlegende Haltungsände-

rung, die nichts weniger bedeutet als eine Adaption an kapitalistische Methoden, ist im Ostblock ein Teil des Neuen Ökonomischen Systems.³⁾

Sie hat nicht unerhebliche Rückwirkungen auf die Schiffahrtspolitik. Dem System gemäß sind die Flotten der Ostblockstaaten gesellschaftliches Eigentum, d. h. daß Regierungsinstanzen, mit ausreichender Macht versehen, betriebspolitische Maßnahmen mit gesamtwirtschaftspolitischen Erfordernissen in Einklang zu bringen versuchen. Da die Willenszentren in den einzelnen Staaten straff hierarchisch organisiert sind (Walter Ulbricht auf dem 5. Plenum des ZK der SED: „Pyramidenform der Leitungsfunktionen“) und eine einheitliche Spitze jeweils im Schiffahrtsministerium haben, fällt es leicht, eine einheitliche Schiffahrtspolitik nach innen und nach außen zu betreiben. Sie greift einerseits in den Weltseeverkehrsmarkt ein, durchdringt aber andererseits auch die Schiffahrtsbe-

1) Vgl. die probeweise erfolgreiche Übertragung von Marktpreisen aus dem Sektor II in den Sektor I (von der Konsumgüter- in die Produktionsmittelindustrie) im letzten Jahr. (Vgl. die „Zeit“ vom 9. 10. 64, die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 12. 64, ferner die „Welt“ vom 7. 5. 64, 18. 9. 64, 22. 10. 64, 11. 12. 64.)

2) Vgl. NN: Comecon führt Weltmarktpreise ein. In: Die Welt, Nr. 301, 28. 12. 64.

3) Vgl. J. Nawrocki: Östliche Planwirtschaft mit weniger Dogma?. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 296, 12. 12. 64.